Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Freitag, den 9. Mai 1879. **Nr. 214.**

Deutscher Reichstag.

40. Plenar-Sitzung vom 8. Mai.

Präsident Dr. v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 30 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Bundesrathstische: Präsident des Reichskanzleramts Staatsminister Hofmann, Geh. Rath Burghardt.

Tagesordnung:

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. den Zolltarif wird fortgesetzt.

Bundeskommissar Geh. Rath Burghardt: Die verbündeten Regierungen hätten nicht beabsichtigt, bei der Generaldiskussion auf die Einzelheiten des Tarifs einzugehen, da bei der Aufstellung des Entwurfs mit großer Sachkenntniß vorgegangen sei. Sie glaubten die Rechtfertigung der einzelnen Sätze der Spezialdiskussion vorbehalten zu dürfen und bei dieser auf die Angriffe zu antworten. Von dieser Absicht seien die verbündeten Regierungen aber zurückgekommen, weil die Beschuldigungen mangelnder Sachkenntniß sowohl in der Presse als auch in diesem Hause sich häuften. Man behaupte, die Ausarbeitung des Tarifs sei ohne jede Spur von Sachkenntniß vor sich gegangen, Sachkenntniß sei nur auf gegnerischer Seite. Der Abg. Varnbüler habe bereits in der letzten Sitzung Veranlassung genommen, den Standpunkt der Tarifkommission, der ja wesentlich der Standpunkt der verbündeten Regierungen ist, zu vertheidigen. Dennoch halte er (Redner) es für seine Aufgabe, auf einige Punkte zu antworten. Der Kommissar geht hierauf auf eine Widerlegung der von dem Abg. Delbrück gegen den Tarif erhobenen Ausstellungen ein, und sucht nachzuweisen, daß diese Angriffe, soweit sie sich namentlich auf Fischernetze aus Baumwollengarn, Flaschen, kupferne Druckwalzen beziehen, thatsächlich unbegründet sind. Die Regierungen seien nicht der Ansicht, daß sie etwas absolut Einwandsfreies geleistet haben, aber das nehmen sie in Anspruch, daß sie mit Ernst und Hingebung an die Erledigung dieser schweren Aufgabe herangetreten sind; sie seien deshalb gern bereit, Abänderungsvorschläge in nähere Erwägung zu ziehen. Der Kommissar ergeht sich sodann ausführlich auf das im Gesetze vom 1. Juli 1869 enthaltene Prinzip, daß bei der Einfuhr von Waaren der Nachweis der Identität der Waaren zu führen sei. Dieses Prinzip müsse aufrecht erhalten werden, die verbündeten Regierungen seien nicht in der Lage, an die Stelle dieses Prinzips das Prinzip des Aequivalents zu setzen.

Abg. Dr. Lasker erklärt zunächst, daß, so viel ihm bekannt, gegen dieses Prinzip im Hause nicht angekämpft worden sei. Er kommt sodann auf die Rede des Herrn Bennigsen, dem er entgegenhält, man dürfe nicht auf die Worte des Meisters hören, wenn dieser Fehler auf Fehler gemacht zu haben bekenne. (Sehr wahr!) Von wem sei denn der Vorschlag wegen Aufhebung der Eisenzölle gemacht worden? Von der Regierung! Und zu wessen Gunsten wurden sie ermäßigt? Im Interesse der Landwirthschaft! Es war nicht die Freihandelspartei, die dafür ausschlaggebend war, sondern die Agrarierpartei, daß Diejenigen, die zufällig in den theoretischen Anschauungen mit dieser Partei übereinstimmten, die Zollherabsetzung acceptirten, kann man ihnen doch nicht übel nehmen. Der zweite Vorwurf, der gegen die Männer der Freihandelspartei erhoben worden, daß sie nicht hätten hören wollen, als die Industriellen gegen die selbstmörderische Schutzzollpolitik anfingen zu reagiren, ist ebenso hinfällig. Ich bin kein Freihändler par excellence, aber wenn ich zu den Gegnern des Antrages wegen Einsetzung einer allgemeinen Enquete gehöre, so geschah es, weil ich mir von einer solchen Enquete nichts versprach. Aber der Widerspruch ging auch hier wieder von der Regierung aus. Die Regierung stellte sich überall auf die Seite der bisherigen Wirthschaftspolitik. Sie könne daher weder der damaligen Majorität des Hauses, noch weniger aber einzelnen Mitgliedern des Freihandels den Vorwurf machen, daß sie auf den Nothschrei der Industrie nicht hören wollte. Ich persönlich habe mir übrigens die größte Mühe gegeben, herauszufinden, ob der Nothstand der Eisenindustrie in der That so groß ist, wie er geschildert worden, und wenn ich mich hiervon überzeugt hätte, so würde ich auch dafür eingetreten sein. Mitglieder dieses Hauses haben mir aber ausdrücklich erklärt, daß der Zoll der Eisenindustrie nicht mehr helfen könne, er könnte höchstens als eine moralische Aufmunterung betrachtet werden. Lediglich um einer moralischen Aktion willen können Sie nicht verlangen, daß ich dafür eintrete. Im Uebrigen muß man sich auch hüten, auf die Stimmen der Interessenten ein zu großes Gewicht zu legen. So wird mir beispielsweise erzählt, daß die hiesige Diskonto-Gesellschaft circa 15 Millionen Mark Aktien einer bestimmten Bergwerksgesellschaft, ich glaube der Dortmunder Union, in ihrer Kasse hat. Ich finde es ganz loyal, wenn diese Gesellschaft ihre eigenen Geschäfte im Auge hat und durchzusetzen sucht, was sie kann, aber daß ihre Angaben unbedingten Glauben verdienen, wird man doch nicht behaupten wollen. Ein Mitglied einer andern Gesellschaft erzählte mir, daß die Einführung von Schutzzöllen für andere Industriezweige ihm gleichgültig sei, aber wenn die Regierung nicht die von ihm bezeichnete Industrie zu schützen bereit sich zeigen sollte, werde man eine allgemeine Schutzzollbewegung ins Werk zu setzen suchen. Und noch heute erklärt man, daß, weil die landwirthschaftlichen Zölle ohne die Eisenzölle nicht zu haben sind, so muß die Landwirthschaft für diese ebenfalls eintreten, denn Handel sei eben Handel. Wir erkennen Alle an, daß hier lediglich die Interessen herrschen. (Widerspruch rechts.) Ja wohl, ganz Oberschlesien fällt in diese Kategorie hinein, wollen Sie denn verheimlichen, was die Triebfeder dieser ganzen Bewegung ist. Als der Brief des Reichskanzlers vom 15. Dezember 1878 erschien, da erkannten selbst die eifrigsten Anhänger des jetzigen Planes an, es sei das eine ganz neu eröffnete Situation, es würde sich selbst ein Kompromiß über dieses Programm nicht ermöglichen lassen. Der vorliegende Tarif hat nun zwar dieses Programm zum Theil zerrissen, zum Theil aber bedeutend überholt, er hat den Hauptgedanken, sämmtliche Industrieen gleichmäßig zu besteuern, um dadurch ausgleichende Gerechtigkeit herzustellen, aufgegeben; aber auf der anderen Seite ist man von dem Besteuerungsmodus, den der Brief andeutet, nicht wesentlich abgewichen. Ich gebe zu, an manchen Stellen ist eine mäßige Hand anzuerkennen, aber dem Tarif kann ich den Vorwurf nicht ersparen, daß er mit wenig Sachkunde abgefaßt ist. Die Motive zeigen, daß in der That mit einer Nichtkenntniß der Dinge verfahren worden, wie dies kaum zu rechtfertigen ist. Herr Delbrück wird gewiß mit mir übereinstimmen, wenn ich sage, daß er in seinen Ausführungen gegen den Tarif sogar unvollständig gewesen ist. Redner beleuchtet nunmehr die landwirthschaftlichen Zölle, von denen die Zölle auf Holz und Fleisch ebenso den armen Mann belasten werden, wie die Kornzölle. Was die letzteren anlange, so hätte der Briefwechsel zwischen dem Freiherrn von Thüngen und dem Reichskanzler eine ganz neue Situation geschaffen. Es sei dies einfach die unbedingte Annahme des Agrarierprogramms in seiner agitatorischen Bedeutung. Die Koalition zwischen Industrie und Landwirthschaft sei dadurch eine unnatürliche geworden, die Industrie werde schließlich fragen, wer den Rest der Rechnung bezahlen werde. Herr von Bennigsen habe erklärt, und daß sei auch seine Meinung, daß es völlig unmöglich wäre, das landwirthschaftliche Gewerbe mit Zöllen zu schützen. Wenn das aber der Fall wäre, sei es unerfindlich, wo diese neue Zollvorlage hinziele. Es sei keinesfalls zulässig, die nothwendigsten Lebensbedürfnisse mit Zöllen zu belasten; zwar würde er auch hierfür stimmen, wenn das Land in bedeutender finanzieller Nothlage sich befände; in so großer Noth aber sei das Land noch lange nicht. Redner erklärt, durchaus nicht so ganz theoretischer Freihändler zu sein, daß er den Schutzzöllen schroff gegenüber stehen und nicht ihre Berechtigung und sogar ihre Nothwendigkeit in vielen Fällen anerkennen sollte. Aber er könne nicht annehmen, daß eine Industrie, obgleich Jahrhunderte alt, nur durch Schutzzölle sollte gehalten werden können. Vor Allem sei die Landwirthschaft nicht für Schutzzölle geeignet. Den Erklärungen des Reichskanzlers über die Verhältnisse der Landwirthschaft dürfe nicht unbedingt Glauben geschenkt werden. Sie enthielten sehr viel Unwahres und solche Uebertreibungen, wie sie noch keine Rede eines Abgeordneten gezeigt, und man müsse sich wundern, daß der erste Beamte des Reiches nicht besser von der Sache unterrichtet sei. Auch der Geh. Rath Tiedemann habe sehr übertrieben, als er von der Masse der Subhastationen von Gütern gesprochen. Hier müsse er sagen, daß nach seinen Erfahrungen die Sachlage durchaus nicht so schlimm sei. In seinem Kreise, wie auch in anderen ihm näher bekannten Kreisen seien entschiedene Anzeichen für einen gewissen Wohlstand vorhanden. Der Reichskanzler habe dann über die Gebäudesteuer gesprochen und gesagt, daß die Anlage von wirthschaftlichen Gebäuden immer noch mehr Steuern koste. Doch stehe im Gesetzbuch, daß landwirthschaftliche Gebäude von der Steuer frei seien. (Unterbrechung rechts; Beifall links.) Der Reichskanzler kenne die einschlägigen Verhältnisse nicht. Dasselbe gelte von dessen Auseinandersetzungen über die Einkommensteuer. Er rechne, daß der Landbesitzer 3 Prozent Einkommensteuer zu zahlen habe; dies würde eine jährliche Einnahme von 3000 Mark bei jedem Landwirth voraussetzen. Die Anzahl derer aber, deren Einkommen in der That so hoch ist, sei eine verschwindende. Der kleine, im Schweiß seines Angesichts arbeitende Besitzer bleibe weit hinter jener Summe zurück und solle nun dazu herhalten, dem Großgrundbesitzer aufzuhelfen. Die Mittheilungen des Reichskanzlers seien somit sehr wenig zuverlässig und daher nicht geeignet, als Grundlage einer Steuerreform zu dienen. — Was das Finanzprogramm betrifft, so gehe die Politik des Fürsten Bismarck, als des verantwortlichen und auch mächtigsten Vertreters der Reichsregierung, ganz klar auf die Aufhebung der direkten Steuern bis auf ein Minimum und auf Ersatz derselben durch die indirekten Steuern aus, und zwar für das ganze Deutschland. Diese Politik sei absolut zu verwerfen. Es sei ein Unglück, ein Steuersystem durchzuführen, welches am schwersten auf den ärmsten Klassen laste, überall eine Belastung der Preise herbeiführe und so zu Gunsten der Begüterten dem Aermeren das Leben erschwere. [illegible] Ländern, namentlich Frankreich, sei Deutschland in dieser Beziehung überhaupt nicht zu vergleichen, da jene in ganz anderen Verhältnissen lebten. Wenn man bei uns die indirekten Steuern durchführen und die direkten aus der Welt schaffen, würden sich unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben. Die Einkommensteuer möge doch einfach so reformirt werden, daß man durch bedeutendere Hinzuziehung der Steuerfähigen die weniger Bemittelten entlaste und so unterstütze. Dadurch würde der große Abstand der ärmeren von den begüterten Klassen mehr ausgeglichen werden. Die Nothwendigkeit indirekter Steuern sei immerhin anzuerkennen, nicht aber dürften diese sich als das allein richtige hinstellen. Jede Ueberschußpolitik würde dahin führen, daß das Reich seine eigenen Ausgaben nach den Einnahmen richte. Jetzt, wo das Militärseptennat zu Ende gehe, dürften keine Ueberschüsse zu Luxus-Ausgaben bewilligt werden. Er sehe von allen politischen Streitigkeiten ab, und wenn er ganz allein in die Minorität kommen sollte, er werde niemals dem Reich die nothwendigen Ausgaben versagen, die es braucht. Er erkenne an, daß das Reich eigene Einnahmen haben müsse, aber die Einzelstaaten würden bei der Ueberschußwirthschaft ebenso in Verwirrung gerathen, wie jetzt bei den Matrikularumlagen. Er habe den lebhaften Wunsch, daß die Tabaksteuervorlage zum Abschluß gelange. Darunter verstehe er, daß über die Sätze nicht herausgegangen werde, die der Tabak ohne Schädigung tragen könne. Im Uebrigen glaube er nicht, daß es ihm gelingen werde, diejenigen Tarifsätze zu streichen, die nach seiner Meinung die unteren Volksklassen relativ am meisten belasten würden, aber er hoffe, daß man wenigstens die reinen Finanzzölle einer eingehenden Prüfung unterziehen werde. Redner erklärt sich entschieden für das Einnahmebewilligungsrecht des Reichstages; der Reichstag müsse doch in Händen haben, die Einnahmen unter Umständen zu ermäßigen. Für die politische und wirthschaftliche Lage sei ein bedeutender Wendepunkt eingetreten, es möge Jeder für sich deshalb wohl erwägen, ehe er sich entscheidet; er wünsche, daß das Reich durch wohlerwogene Pläne sich weiter entwickele.

Staatsminister Hofmann: Was der Abg. Lasker vorgetragen, sei im Wesentlichen nur eine negative Kritik des positiven Programms der verbündeten Regierungen gewesen: Es handle sich nicht blos um die Beseitigung der Matrikularbeiträge, diese seien nur das äußere Merkmal, der eigentliche Kern der Reform liegt darin, daß wir in der Entwickelung unseres indirekten Steuersystems zurückgeblieben sind und dadurch ein Mißverhältniß zwischen den direkten und indirekten Steuern entstanden ist. Dieses Mißverhältniß müsse beseitigt werden. Weiter führt Redner aus, daß die bisherige Zollgesetzgebung das Reich in seiner finanziellen Entwickelung aufgehalten hat, und daß diese Versäumniß nachgeholt werden müsse. Die Angriffsweise des Abg. Lasker sei nicht zu billigen. Derselbe mache so oft seine Ueberlegenheit, die er zu besitzen glaubt, der Regierung gegenüber geltend, daß er auch einmal von ihm (Redner) eine kleine Lektion annehmen möge. Diese Ueberlegenheit, die der Vorredner so scharf und in so empfindlicher Weise geltend macht, liege nicht im Interesse einer ruhigen objektiven Behandlung der vorliegenden Frage; er möchte daher bitten, daß in Zukunft Herr Lasker von seiner Ueberlegenheit einen nicht so verletzenden Gebrauch machen möchte. Auf den Tarif selbst eingehend, bemerkt Redner, daß Deutschland kein Handelsstaat sei. Deutschland sei angewiesen auf den Ertrag der Arbeit, und zwar einer sehr harten Arbeit. Unser Klima, unser Boden sei nicht von der Art, daß wir wenig arbeiten und viel ernten. Deshalb müsse fortan der Grundsatz Anwendung finden, daß die innere Arbeit gehoben werden muß, der Export komme erst in zweiter Linie in Betracht. Erst wenn die innere Arbeit gekräftigt sei, könne man wünschen, daß der Ueberschuß unserer Produktion an andere Länder abgegeben werde. Und erst in dritter Linie stehe der billige Einkauf, denn vom billigen Einkauf werde kein Staat reich.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Meine Herren! Noch heute früh hatte ich nicht die Absicht, in dieser allgemeinen Berathung abermals zu sprechen, weil meine Ueberzeugung und auch die, wie ich glaube, der Mehrzahl der Zuhörer nicht erschüttert worden ist durch die vorgebrachten Gegenargumente [illegible] gegen meine Person selbst [illegible]. (Oho! links.) Ich hätte auch [illegible] nicht so sehr viel Werth gelegt, weil ich es der Welt überlasse, ob sie über meinen Verstand und mein Urtheil etwas günstiger oder ungünstiger denken will, und ob sie ihr Urtheil über mich von meinen politischen Gegnern hernehmen will. Ich bin ja in der Presse mit einem solchen Maß von groben Ehrenkränkungen lügenhafter Verleumdungen überhäuft worden, daß ich dagegen sehr abgehärtet bin. (Rufe aus der Fortschrittspartei: Straf-Anträge!) Hier im Reichstage kommt ja dergleichen nicht vor (Heiterkeit), aber auch gegen Ihre Kritik bin ich abgehärtet. Ich würde mich heute nicht zum Worte gemeldet haben, wenn mir nicht gemeldet worden wäre, daß der Abg. Lasker über mich verschiedene Bemerkungen gemacht hat, mit einer Gesinnung zwar, die ich ja kenne und zu schätzen weiß (Heiterkeit), die aber doch einigermaßen Verstimmung aufzuweisen hat. Mein Schriftwechsel mit Herrn von Thüngen soll nach der Ansicht des Herrn Lasker Alles überboten haben, was je an agrarischer Extravaganz geleistet sei. Ich halte mich berechtigt und verpflichtet, Stellung zu nehmen zu den Fragen der Zeit, die Nation muß wissen, wie ich über die einzelnen brennenden Fragen denke, und ich habe keinen Grund, meine Ansicht zu verbergen. Wenn der genannte Korrespondent zu mir spricht im Namen von 11,000 Kleingrundbesitzern und ich ihm dann Rede stehe über meine Motive, so ist früher so etwas nie angefochten worden. Bei einem Minister muß man es doch schätzen, wenn er nicht zugeknöpft ist, wo es sich um wichtige Interessen des Landes handelt, und man sollte das nicht bezeichnen als agrarische Extravaganz und als eine Erregung von Krieg zwischen Stadt und Land. Ueberhaupt gebe ich Herrn Lasker zu erwägen, daß ich neulich viel weniger gesprochen habe von der Landwirthschaft als von dem Grundbesitz in der Stadt, denn beide sind in gleichem Maße betheiligt. Da könnte ich, wenn ich wollte, zu Herrn Lasker ebenso gut sagen, er vertritt die Finanzpolitik der Besitzlosen, die bei Anwendung eines Gesetzes immer die Mehrheit bilden, von denen die Schrift sagt: Sie nähen nicht, sie spinnen nicht 2c., doch sind sie gekleidet — ich will nicht sagen wie. (Heiterkeit.) Es bilden ja auch in den Parlamenten die die Mehrheit, welche weder in der Landwirthschaft, noch in einem industriellen Gewerbe arbeiten, sondern nur damit beschäftigt sind, das ganze Jahr das Volk zu vertreten. Diese Herren verlieren gar zu leicht das Mitgefühl für die Interessen, die einem Minister, der auch zu den Grundbesitzern, zu der misera plebs gehört, welche von der Ausführung der Gesetze getroffen wird, sehr nahe liegen, wenn es selbst im eigenen Interesse ist; in der Presse habe ich ja ziemlich rohe Andeutungen gelesen, auf die zu antworten ich unter meiner Würde halte. In den ge

setzgebenden Körperschaften haben ja auch Diejenigen die Mehrheit, die von Gehältern und Honoraren leben, in der Presse, Advokatur, Arzneiwissenschaft, ohne eine Stellung einzunehmen im eigentlichen Nährstande. Diesen Herren, auch Herrn Lasker, die durch ihre überlegene Beredtsamkeit die Majorität zu leiten gewöhnt sind, das ganze Jahr hindurch, theils in den Parlamenten — denen möchte ich ans Herz legen: Noblesse oblige! Abg. Lasker sagt, so viel Uebertreibung über Steuerüberbürdungen habe er noch von keinem Abgeordneten gehört, wie von mir. Aber dann hätte mir doch eine einzige Zahl nachgewiesen werden müssen als übertrieben. Ich habe mich lediglich in Ziffern bewegt, die Jedem zugänglich sind, und das Weitere ein sogar schüchterner Ueberschlag. Ich bin auch nicht zu 40 pCt. der Steuerabgaben gelangt, sondern — mein Additionsexempel bestätigt das ja — zu 20—30 pCt. Kann mir nun Hr. Lasker auch nur den Bruchtheil einer Zahl invalidiren? Das kann er nicht; und dann zu sagen, das ist eine unerhörte Uebertreibung, ja . . . (Glocke des Präsidenten. Der Herr Reichskanzler wendet sich zum Präsidenten. Große Heiterkeit.) . . . ich verlasse den Gegenstand lieber, um in parlamentarischen Grenzen zu bleiben (Heiterkeit). Herr Lasker fragt, wie kann denn ein Gewerbebetrieb dabei bestehen? Ich kann aber sagen, daß es Grundbesitzer giebt, die 60 pCt. ihrer Einnahme an Steuern, Zinsen 2c. zu zahlen haben und die bestehen. Wenn man so etwas dem Lande gegenüber sagen will, daß der erste Beamte des Reiches und des Staates dem Volke dargestellt wird als einer, der leichtfertig die Unwahrheit sagt und keine Uebertreibung fürchtet, so ist das geschehen, ohne jede Spur von Beweis. Wenn dann Herr Lasker sagte, ich kenne die Gesetze des Landes nicht, so liegt das auf demselben Gebiete. Jeder Mensch weiß, daß ich nicht jedes einzelne Gesetz kennen kann, aber dieser öffentliche Vorwurf, noch dazu von dem Vertreter der öffentlichen Gerechtigkeit, als den Herr Lasker sich oft gezeigt hat. (Beifall.) Das heißt doch, ich weiß nicht soviel davon, als ich meiner Stellung nach wissen müßte, heißt mich herabsetzen, meinen Fleiß und meine Gewissenhaftigkeit. Ich halte es nicht für nützlich, so schonungslos die höchsten Behörden zu behandeln, an den Pranger zu stellen und einen Triumph darin zu suchen, Jemanden, der nun einmal, tauglich oder untauglich, die Geschäfte führt, und den man doch nicht im Augenblick beseitigen kann, so . . . ich will keinen Ausdruck gebrauchen. (Heiterkeit.) Gerade bei der Empfindlichkeit, die Herr Lasker besitzt, sogar gegen Meinungsverschiedenheiten, möchte ich ihn bitten, mehr die Empfindlichkeit Anderer zu schonen. — Herr Lasker sagt, ich hätte Unrecht und die landwirthschaftlichen Gebäude seien doch steuerfrei. Da kennt er eben die Landwirthschaft nicht, weiß nicht, was ein landwirthschaftliches Gebäude ist. Ich habe hier vor mir eine Liste von 149 Positionen landwirthschaftlicher Gebäude von meinem [illegible] Gute, die in diesem Jahre um zwanzig Prozent erhöht sind. Da figuriren als landwirthschaftliche Gebäude: Zieglerwohnhäuser, Tagelöhnerhäuser . . . (Rufe links: Wohnhäuser!) . . . Ich will einen Augenblick schweigen, wenn Sie sich aussprechen wollen.

Präsident v. Forckenbeck: M. H.! ich bitte, die Unterbrechungen zu unterlassen.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich glaube also, den Vorwurf wegen der Unkenntniß der Gesetze zurückweisen zu können, und ich würde mich freuen, wenn sich Herr Lasker wegen der Landwirthschaft ebenso ausweisen könnte. Im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Lasker bleibe ich dabei, daß die Klassensteuer abgeschafft werden und in ihrem Betrage durch indirekte Steuern ersetzt werden muß. „Die ganze Rechnung ist irrig und unzuverlässig", sagt Herr Lasker von meinen Darlegungen. Diese Behauptung ist in beiden Theilen einfach eine falsche, und ich bedauere, daß der Ausdruck so hingegangen ist. Ich glaube, wenn Jemand vom Regierungstische aus einen Abgeordneten „unzuverlässig" nennen wollte, so würde sofort die Frage der Präsidialbefugniß diskutirt werden. (Bewegung.) Ich protestire gegen diesen geradezu beleidigenden Vorwurf. Unzuverlässig — das heißt doch, man kann auf seine Angaben kein Gewicht legen, und obwohl das Wort hingegangen ist, werde ich es dennoch nicht betrachten als in den parlamentarischen Sprachgebrauch aufgenommen. (Bewegung.) Ich kann nicht umhin, einem Vorurtheil zu widersprechen, das hier laut geworden ist aus dem Munde eines sonst gewöhnlich gut informirten Mannes, des Abg. Oechelhäuser. Er sagte, er wolle der Fahne von 1818 folgen und sah in ihr eine Vertretung der großen Finanzmänner des Freihandels. Er irrt sich aber, die Herren Freihändler müssen sich von dem Gedanken los machen, daß der Ruf ihrer Vorfahren uns zum Freihandel zwinge. 1818 war Finanzminister ein dunkler Ehrenmann, übrigens aber kein berühmter Finanzgesetzgeber Klewitz. Wenn seine Zollgesetze das Ideal des Herrn Abg. Oechelhäuser bilden, so kann ich ihm leider nicht folgen, er geht mir viel zu weit. (Heiterkeit.) Unter dem Zollvereine hatten wir ja trotz der inneren Unruhen des Jahres 1848 im Ganzen eine gute Entwickelung, und doch waren die Zölle höher, als wie wir sie heute Ihnen vorschlagen. Von 1842 an finden Sie unter den Finanzpolitikern des Zollvereins eine Reihe von Namen, bei denen ein finanzieller Reformer schwerlich wird sein Herz erwärmen können, Bodelschwingh, Flottwell, Duesberg, Hansemann, Bonin, Kühne, dann wieder Bodelschwingh, v. d. Heydt, Camphausen, Hobrecht. Wo also auf freihändlerischer Seite der Appell herkommt an die Vorfahren, das weiß ich wirklich nicht. Die Erinnerung spricht vielmehr für die Reform, wie wir sie vorschlagen, die wir die alte ruhmreiche Zollpolitik wieder in ihre Rechte einsetzen wollen. Ich habe in der ganzen Debatte die Erwähnung eines Gesichtspunktes vermißt, ohne welchen das ganze Zolltarifprojekt doch keine Sicherheit und keine Wirkung hat, nämlich die Frage der Eisenbahntarife; es giebt keinen Zolltarif ohne Eisenbahntarife. (Sehr richtig!) So lange unsere Eisenbahnen uns Alles, was vom Auslande eingeführt wird, wohlfeiler transportiren, als unsere Ausfuhr, so lange ist ein Zolltarif in unserem Sinne unwirksam. In Preußen ist ja in den letzten Jahren zu meiner großen Freude eine Umkehr bemerkbar geworden, und ich hoffe, daß man auch in den anderen Staaten sich bald einer solchen Reform unterwerfen wird; aber es scheint, als ob in manchen Staaten der aus Eisenbahnen eingenommene Thaler einen höheren Werth hat als aus irgend einer andern Quelle. Wir sehen jedenfalls, daß einzelne andere Staaten thatsächlich die Ausfuhr unbedingt zu theuer und die Einfuhr zu billig befördern, zum Schaden ihrer eigenen Finanzen, und sie müssen den Ausfall durch direkte Steuern decken. Ich kann also nur damit schließen, daß ich Sie bitte, an meinem Programm festzuhalten, wenn Sie es auch in einzelnen Punkten vielleicht anders gewünscht hätten. Davon ist auch in meiner Korrespondenz mit Herrn von Thüngen die Rede; aber wir werden zu einer Vorlage nur kommen können durch Kompromisse. Auch mir hätten ja einzelne Punkte anders besser gefallen; aber jede Stimme eines Abgeordneten, der vielleicht bis auf ein Achtel mit der Vorlage einverstanden ist, aber doch gegen sie stimmt, wiegt ebenso schwer, als die Stimme des stärksten Gegners. Ich kann also zur Einigung mahnen, daß der einzelne es macht, wie ich, und sagt, das Bessere ist der Feind des Guten. Ich habe im Ganzen meine Stellung zur Sache gar nicht erschüttert gefunden durch mich persönlich treffende oder durch sachliche Gegengründe, ich halte nach wie vor daran fest, das Reich selbstständig zu machen, die Gemeinden zu erleichtern, den zu hoch besteuerten Grundbesitz durch indirekte Steuern zu helfen und die Klassensteuer in vollem Umfange abzuschaffen, sobald uns indirekte Steuern in genügendem Umfange bewilligt sind und als letzten, aber nicht geringsten Zweck, der einheimischen nationalen Arbeit und Produktion in Feld und Stadt, Industrie und Landwirthschaft den Schutz zu gewähren, den wir leisten können, ohne die Gesammtheit zu schädigen und wichtige Interessen zu gefährden. (Lebhafter Beifall und Zischen.)

Abg. Dr. Windthorst: Meine Herren, es sind im Laufe der Debatte einige Aeußerungen gefallen, auf die ich zurückkommen muß, obgleich ich dies gerne vermieden hätte, da sie augenblicklich nicht zur Sache gehören. Zunächst hat der Abg. Richter gemeint, ich gehöre zu den Staatsmännern, welche der Reichskanzler dilatorisch behandle. Darauf erwidere ich, daß ich diese Behauptung entschieden zurückweise, da ich mich weder für einen Staatsmann ausgebe, noch mein Verhältniß zu dem Reichskanzler je ein solches gewesen ist, daß er dilatorisch mit mir verfahren könnte. Dann haben die Herren Lasker und Sonnemann eine Aeußerung von mir aus dem Jahre 1873 herbeigezogen, welche ungefähr dem Sinne nach lautete: ich glaube, es wird die freiheitliche Entwickelung auf dem Handelsgebiet dauernd nicht gehemmt werden können. Jeder, meine Herren, der die Geschichte der Handels-Politik studirt, wird finden, daß die Entwickelung des Handels sehr oft Unterbrechungen erleidet. Solche Unterbrechungen treten ein, wenn große Erschütterungen stattgefunden haben, wie bei großen Kriegen, und dann wird es nothwendig, durch einen Schutz die Wiederkräftigung des Landes herbeizuführen. Jetzt sind wir in einer solchen Lage und darum bin ich dafür, einen mäßigen Schutz für unsere Industrie zu schaffen, damit sie wieder erstarke. Dann hat man meine Fraktion mit der Behauptung angegriffen, daß sie sich an die Spitze der wirthschaftlichen Bewegung stelle. Diese Behauptung weise ich als unbegründet zurück. Dann hat Herr Bamberger geglaubt, er könne uns als die besten Kerntruppen des Reichskanzlers bezeichnen. Der Herr Bamberger und seine Freunde mögen sich in Acht nehmen, daß sie nicht selbst ihre Stellung zum Reichskanzler verderben, was anscheinend im Werke ist, wir werden unsererseits schwerlich jenen Platz einnehmen. So lange die Beschwerden der Kirche nicht gehoben sind, so lange die Verrichtung des Gottesdienstes mit Strafen bedroht wird, versteht es sich, daß wir die Position inne halten müssen, welche uns bisher maßgebend gewesen ist. Ich hebe jedoch hervor, daß unsere Stellung immer noch die ist, da die Regierung zu unterstützen, wo es das Wohl des Vaterlandes verlangt und diesem Allgemeinwohl unsere privaten Partei-Interessen immer zu unterstellen. — Die uns gemachte Vorlage, m. H., scheidet sich in zwei streng auseinander zu haltende Theile, in den, welcher die wirthschaftliche Frage behandelt und den, welcher wesentlich dazu bestimmt ist, die finanziellen Verhältnisse zu ordnen. Ein abschließendes Urtheil will ich heute nicht fällen, aber ich meine, daß die Landwirthschaft zunächst die Vortheile haben wird, welche die Hebung der Industrie mit sich bringt. In jeder Beziehung müsse überhaupt Bedacht genommen werden, die Verhältnisse der Landwirthschaft zu bessern. Was den zweiten Theil der Vorlage betreffe, der für das Reich Vermehrung der Finanzen bezwecke, so liege für diesen das Bedürfniß nicht so klar zu Tage wie bei dem ersten. Sofern es sich um Deckung von Defizits handle, müßten natürlich die Mittel beschafft werden, die hierzu nöthig seien, damit nicht neue Anleihen dazu gemacht werden dürften und dadurch der Staatsbankerott herbeigeführt würde. Es sei aber nicht die Sicherheit vorhanden, daß dieser Zweck allein im Auge behalten würde, vielmehr liege die Befürchtung nahe, daß man zu Gunsten des Militäretats das Geld verwenden werde, daß dieses für ein Unterrichtsgesetz gebraucht werden würde, für welches Redner nie seine Zustimmung geben könne, wie endlich für die Verstaatlichung des Eisenbahnsystems. Der Reichstag dürfe nicht machtlos sein. Redner bedauert, daß die Finanzminister der Einzelstaaten, nicht blos der Preußens, nicht am Platze seien, um sich über die Frage zu äußern. In Bezug auf die geschäftliche Behandlung der Vorlagen erklärt sich Redner für den Vorschlag des Abg. Dr. Löwe, der aus einer eingehenden Erörterung hervorgegangen sei.

Abg. Dr. Löwe (Bochum) glaubt als Mitglied des Verwaltungsraths der Diskonto-Gesellschaft sich gegen den Vorwurf des persönlichen Interesses seitens des Abg. Lasker verwahren zu müssen.

Abg. Dr. Lasker erwidert, einen solchen Vorwurf nicht beabsichtigt zu haben.

Schluß $4^1/_2$ Uhr.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr.

T.-O.: 1. und 2. Lesung des Gesetzentwurfs betr. die Vertheilung der Matrikularbeiträge, Nachtragsetat und Fortsetzung der Berathung des Zolltarifs.

Deutschland.

** **Berlin,** 8. Mai. Gestern Mittag war unter dem Vorsitz des Staatsministers Hofmann der Bundesrath im Reichskanzleramt zu einer Besprechung versammelt.

In Anbetracht der wichtigen Arbeiten, welche dem Reichstage zur Erledigung zahlreich vorliegen, ist man überein gekommen, den Gesetzentwurf über den Strafvollzug in dieser Session nicht mehr einzubringen.

Provinzielles.

Stettin, 9. Mai. Zur generellen landespolizeilichen und eisenbahntechnischen Vorprüfung des Projekts einer normalspurigen Eisenbahn untergeordneter Bedeutung Stargard-Küstrin sind seitens der königlichen Regierung zu Stettin für die Strecke Stargard-Naulin-Bezirksgrenze Termine auf den 14. Mai cr. anberaumt worden. Zu diesen Terminen sind die interessirten Lokalbehörden, das Direktorium der Berlin-Stettiner Eisenbahn und die Königliche Oberschlesische Eisenbahnkommission in Posen (die beiden letzteren wegen des Anschlusses an den Bahnhof Stargard) vorgeladen worden. In diesen Terminen wird es sich hauptsächlich um möglichste Feststellung der Bahnhöfe resp. Haltestellen handeln. Vom 15. Mai ab wird die staatliche Vorprüfung im Frankfurter Regierungsbezirke von der Bezirksgrenze bis Küstrin fortgesetzt.

— Es wird unseren Lesern interessant sein, zu erfahren, daß die hier seiner Zeit so überaus beliebte Soubrette Frl. Cotrelly, die bis jetzt in Newyork sensationelle Erfolge erzielte und sich bei Alt und Jung einer überaus herzlichen Beliebtheit zu erfreuen hat, in diesen Tagen nach Deutschland kommt, um hier eine Gesellschaft von Künstlern und Künstlerinnen zu engagiren, die demnächst in dem neu eröffneten „Newyorker Thaliatheater", das unter Direktion des Frl. Mathilde Cotrelly gestellt ist, spielen soll. Frl. Cotrelly ist unter den vortheilhaftesten Bedingungen von dem Gründer des Unternehmens, Herrn Kramer, dem nach Newyorker Blättern ein sehr bedeutendes Kapital zur Verfügung stehen soll, engagirt worden. Vielleicht fühlt die Direktion eines unserer beiden Sommer-Theater sich veranlaßt, Frl. Cotrelly auf einige Tage zu einem Gastspiel zu vermögen. Sicher würden die Stettiner diesen Entschluß mit Freuden begrüßen und dem betreffenden Herrn Direktor durch volle Häuser danken.

— Der Unterrichtsminister hat neuerdings darauf hingewiesen, daß nach der Unterrichtsordnung von 1859 das auf einer zur Abgangsprüfung berechtigten höhern Bürgerschule erworbene Reifezeugniß zur Aufnahme in Prima einer Realschule erster Ordnung berechtigt und die an Absolvirung der Sekunda einer solchen geknüpften Befugnisse gewährt. Erwähnte Reifezeugnisse befähigen somit zum Civilsupernumerar bei Staatseisenbahnen, vorausgesetzt, daß die höheren Bürgerschulen nicht lateinlos sind.

— Stettin-Newyork, National-Dampfschiffs-Kompagnie, Linie C. Messing. Heute ist der Dampfer „Cato", Kapt. King, mit Passagieren und Gütern für Newyork abgegangen.

— Dem Bierverleger Tippel wurde am Mittwoch Abend aus einem in seinem Geschäftslokal, Oderthorstraße 2, befindlichen verschlossenen Pulte die Summe von 140 Mark gestohlen, von der 50 Mark in Düten a 1 Mark und 0,50 Mark eingeschlagen, das übrige Geld lose in einer Cigarrenkiste lag.

— Beim Beginn der wärmeren Jahreszeit werden auch wieder die nächtlichen Razzia's von Seiten der Polizeibehörde in den Anlagen vorgenommen, um dem dort passirenden Publikum den nöthigen Schutz zu gewähren und die Anlagen von allem Gesindel zu säubern. In vergangener Nacht fand die erste Razzia statt.

— Der Termin, bis wohin das Abraupen der Bäume in diesem Jahre erfolgen muß, ist von der königl. Polizei-Direktion auf den 25. Mai festgesetzt.

Stargard, 8. Mai. In Nr. 99 des „Neuen Pommerschen Tageblattes" vom 29. April cr. befand sich folgende Mittheilung:

„Dem Herrn A. Kiesewalter hierselbst ist durch Admiralitäts-Reskript vom 24. d. M. die Genehmigung zur Erbauung eines Fahrzeuges, der von demselben erfundenen unter- und überseeischen, offensiv und defensiv verwendbaren Torpedoboote ertheilt worden. Diese schon seit dem Jahre 1876 von Fachmännern im Prinzip als vorzüglich anerkannte Erfindung ist eine der furchtbarsten Gattungen Seefahrzeuge und geeignet, selbst dem schwersten Panzer Achtung einzuflößen."

Da der „Starg. Ztg." diese Notiz von vornherein unwahrscheinlich vorkam, so wandte sie sich, wozu bei der ihr innewohnenden bedeutenden Wichtigkeit alle Veranlassung vorlag, an die kaiserliche Admiralität in Berlin mit der Frage, wie sich die qu. Sache verhielte. Seitens der Admiralität ist nun heute das nachstehende sehr bezeichnende Schreiben eingegangen:

Berlin, den 3. Mai 1879.

Der geehrten Redaktion theilt die Admiralität auf das Schreiben vom 29. April cr., betreffend die Notiz des „Neuen Pommerschen Tageblattes", ergebenst mit, daß die Admiralität eine Bestellung auf ein Torpedoboot bei dem Herrn A. J. Kiesewalter zu Stargard weder gemacht hat, noch zu machen gedenkt.

Die Admiralität, Marine-Departement.

In Vertretung:

Graf Schack."

Greifswald, 7. Mai. Der vorpommersche Sängerbund wird unter Führung der hiesigen Liederkrone am Sonntag, den 29. Juni, hier im Voglerschen Lokale sein erstes Sängerfest abhalten. Der Gedanke, das Sängerfest im Elisenhain bei Eldena zu arrangiren, wurde in Rücksicht auf etwa eintretendes ungünstiges Wetter aufgegeben. Ihre Betheiligung am Feste haben 12 Gesangvereine zugesagt, 250 Sänger. Der Vogler'sche Garten soll dergestalt mit Sitzplätzen versehen werden, daß 2000 Personen Platz finden können. Das Eintrittsgeld wird 50 Pfennige betragen. Man gedenkt schon eine geraume Zeit vorher mit dem Verkauf der Eintrittskarten zu beginnen, und abzuschließen, wenn die in Aussicht genommene Anzahl abgesetzt ist, um jedenfalls eine Ueberfüllung des Lokales zu verhüten. — Es sind übrigens nicht die vorpommerschen Sänger allein, welche im Laufe des Sommers Greifswald ein paar Festtage verschaffen werden, sondern es wird im August hier noch eine andere Vereinigung sich zusammenfinden, welcher ebenfalls eine größere Theilnahme entgegengebracht werden wird. Es wird nämlich die Vereinigung der pommerschen Feuerwehren hier am 24. August ihren ersten Vereinstag abhalten.

Greifswald, 8. Mai. Heute Nacht hatten wir Frost, die Dächer waren ungewöhnlich stark mit Reif belegt, in Folge dessen zeigt das Thermometer jetzt um 9 Uhr Morgens auch nur 5 Gr. R. Wärme im Schatten.

Vermischtes.

— Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft von 1836. Nach dem in der General-Versammlung vom 28. April festgestellten Rechnungs-Abschluß pro 1878 übersteigt der Reingewinn von M. 742,598 den aller Vorjahre und stellt für die Versicherten ein weiteres Steigen der Dividende in Aussicht. Es gingen im Jahre 1878 2636 Anträge über M. 13,198,150 Kapital und M. 6,370 Rente ein, von denen 1932 Versicherungen mit M. 9,564,150 Kapital und M. 6,370 Rente zum Abschluß gelangten. Wegen Ablaufs der Versicherungszeit und aus anderen Gründen schieden aus 668 Versicherungen mit M. 3,561,322 Kapital und M. 530 Rente. Als verstorben wurden angemeldet 404 Personen, welche zusammen mit M. 2,171,695 Kapital und M. 22,188 Rente versichert waren. Die Kapitals-Einlagen betrugen M. 57,206, die Prämien-Einnahme belief sich auf M. 3,165,534, die Zinsen-Einnahme auf M. 1,074,635. Der Garantie- und Reservefonds wuchs um rund M. 980,000 und der Ueberschuß stellt sich auf M. 742,598. Von dem in diesem Jahre zur Vertheilung gelangenden Gewinn pro 1874 erhalten die Versicherten 25% ihrer Prämie.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 8. Mai. Die „Politische Korresp." meldet:

Aus Konstantinopel vom 8. d.: General Obrutscheff ist in Philippopel eingetroffen. Die Pforte dürfte, wie verlautet, von der Besetzung von Bourgas und Ichtiman vorläufig Umgang nehmen.

Aus Tirnowa von heute: Die russischen Instruktions-Offiziere haben Befehl erhalten, ohne Verzug bei ihren russischen Truppenkörpern einzurücken. Diejenigen Offiziere, welche in der bulgarischen Miliz verbleiben, scheiden aus dem russischen Heere aus.

Versailles, 8. Mai. Die heutige Sitzung des Senats war nur von kurzer Dauer. Die von den Legitimisten angekündigten Interpellationen wurden zurückgezogen oder vertagt.

London, 8. Mai. Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage des Deputirten Lawrence erklärte der Staatssekretär des Krieges, Stanley, eine von Lord Chelmsford eingegangene Depesche besage, daß für das Transvaalland und Natal noch weitere Verstärkungen, voraussichtlich 3 Bataillone, erforderlich sein dürften. Die Regierung warte indeß noch auf speziellere Berichte. Auf die Anfrage eines anderen Deputirten bezüglich der Einfuhr von Schweinen aus Amerika antwortete Lord Hamilton, die Regierung habe angeordnet, daß vom 1. Juni d. J. ab alle aus Amerika kommenden Schweine wegen einer unter den amerikanischen Schweinen herrschenden typhösen Krankheit im Ladungshafen geschlachtet werden sollen.

London, 8. Mai. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Simla vom heutigen Tage hat Jakub Khan dem Vicekönig von Indien seine Ankunft in Gundamuc angezeigt und dabei zugleich den Wunsch ausgedrückt, daß wieder freundschaftliche Beziehungen zwischen Indien und Afghanistan hergestellt werden möchten.